

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6. M 75, für das übrige Reich und ganz Deutschland 9 M incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen nehmen an die Expedition, W. (8), Mohrenstraße 59, und sämtliche Postanstalten.

National-Zeitung.

Inserate. — Die Petitzeile: Morgen-Ausgabe 4-gespalten 40 A. Columnae resp. deren Theile 300 M. u. f. w. Abend-Ausgabe 3-gespalten 60 A. — Reklame 3-gespalten 1 M 50 A. — Columnae 450 M. u. f. w.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung vom 25. Januar.

11 Uhr. Am Ministertische: Dr. v. Scholz, v. Puttkamer v. Bötticher, Dr. Lucius.

Die Beratung des Etats des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten wird bei Kap. 56, Gesundheitswesen, fortgesetzt.

Abg. Dr. Enneccerus (natlib.): Vor gestern der Debatte gefolgt ist, wird daraus manches Gute für die Zukunft des deutschen Reiches entnommen haben. Sie wird in ihm die Zukunft gesichert haben, daß wir die Kräfte, in der wir uns befinden, der Zukunft zur Verfügung ist. Dennoch kann weder die Notwendigkeit dieser Debatte, noch der Inhalt derselben als erfreulich bezeichnet werden. Denn diese Debatte war zu einem ganz weltlichen Theile kaum etwas anderes als der Kampf der Wahrheit gegen die Legendenbildung. Da war es zunächst die Legende vom „letzten Mann und letzten Groschen“, welche in der vorigen Sitzung einen breiten Raum ausfüllte. Haben wir denn schon vergessen, aus welchen Abstrichen diese Legende sich gebildet hat, haben wir denn schon die Vorzüge im Reichthum, haben wir den Antrag der deutsch-freimüthigen Partei verachtet? Der Prinzipalanspruch der deutsch-freimüthigen Partei, der Antrag Stauffenberg ging nicht dahin, den letzten Mann und den letzten Groschen zu bewilligen, sondern er ging dahin, auf 1 Jahr die Friedenspräsenzstärke gegenüber der Kriegsvorlage um 14 000 Mann herabzusetzen, und auf 2 Jahre um 27 200 Mann, für die folgenden Jahre aber sich vollständige Freiheit zu bewahren. Die Vermehrung oder Verminderung der Friedensstärke um 27 200 Mann, das bedeutet die Vermehrung oder Verminderung der jährlichen Einstellung um über 9000 Mann, es bedeutet bei der gewöhnlichen Dienstzeit im allfälligen Heer und im Reservat eine Vermehrung oder Verminderung um 108 000 Mann, um volle 3 Armee-Korps. Glauben Sie mir, wenn Sie jetzt dem letzten Mann und letzten Groschen sprechen, dann wird weit im Lande doch die Frage erhoben werden, was die Brüder und die Väter wünschen, und die wünschen, daß wenn es doch zu einem Kriege kommen sollte, drei weitere Armee-Korps dem Feinde an der Seite ihrer kämpfenden Brüder oder Väter entgegenstehen. Dieser Antrag, der eine Verminderung unserer Kriegsstärke um 3 Armee-Korps bedeutet, ist erst zurückgezogen worden, als man sah, daß keine Majorität dafür zu bekommen war. Wie ich schon bei einer anderen Gelegenheit betonte, hat der Abg. von Stauffenberg ausdrücklich erklärt, daß er den Antrag zurückziehe, weil eine Majorität nicht dafür zu finden sei. Ihre dreijährige Bewilligung haben Sie gestimmt, nachdem festgestellt war, daß dieser Bewilligung eine Auflösung folgen würde, nachdem die Reichsregierung in der allerniedrigsten Weise, nachdem der Reichskanzler diese dreijährige Bewilligung für unannehmbar erklärt hat. Wir schließen daraus, daß es der Fortschrittspartei um die Bewilligung der vollen Zahl nie ernst gewesen ist. Sie wollten nur eine bessere Wahlparole haben.

Welche Gründe führen Sie für die dreijährige Bewilligung an? Zunächst hat man sich berufen auf das Budgetrecht. Ich glaube, kann niemals ist das Budgetrecht mit größerer Unrichtigkeit als hier gebrauch worden. Die Armee ist eine dauernde Einrichtung. Dauernde Einrichtungen müssen an sich durch dauernde Gesetze geregelt werden. Kallt es Ihnen denn ein, weil wir die dauernde Einrichtung des Reichsgerichts haben, hier eine Verletzung des Budgetrechts anzunehmen? Es handelt sich nur darum, die Einrichtungen an feste Füße zu stellen. Die dreijährige Bewilligung bleibt stets der Bewilligung des Reichstages unterworfen. Deshalb hat denn auch die deutsche Reichsverfassung bestimmt, daß die Präsenzstärke durch Gesetz festgesetzt werden soll, daß für eine gewisse periodische Bewilligung der Präsenzstärke Gründe angeführt werden können. Es ist ja die Möglichkeit nicht abzuschließen, daß in Zeiten dauernden Friedens und bei einer gleichen Maßregel in unseren Nachbarstaaten eine Herabsetzung unserer Armee einmal stattfinden kann, und wir wollen uns die Hoffnung auf eine weitere Zukunft nicht trüben lassen, daß dies einmal eintreten kann. Aber eine kurze Befreiung der Präsenzstärke verträgt sich nicht mit der Festigkeit der Institution. Wenn auch Herr Richter sein sachmännisches Urtheil in anderem Sinne ausgesprochen hat, so ist nicht fest das Wort des Feldmarschalls Moltke: eine dreijährige Feststellung der Präsenzstärke hilft uns nichts. Aus diesen Erwägungen ist dann das Kompromiß auf 7 Jahre hervorgegangen. Sie sagen, Sie hätten das ja nicht mitbekommen, aber das ist zum Theil nicht einmal wahr. Viele der Herren, welche jetzt in der deutsch-freimüthigen Partei sitzen, haben das Kompromiß mitbekommen. Einer derselben, Herr Richter, hat einer der glühendsten Vertheidiger dieses Kompromisses. Dieses Kompromiß bedeutet die Befreiung eines in unser inneres, in unser Verfassungsleben schwer eingreifenden Konflikts. Es war das der einzige Weg, der sich damals bot, den alle Parteien mit Ausnahme der jetzigen Oppositionspartei zweimal betreten haben und den wollen Sie zum dritten Male nicht mitgehen? Sie sind es, die uns in den Konflikt hineinzuziehen, und in welchem Momente wollen Sie das? In dem Momente, wo mit Ausnahme des Herrn Richter, der ja allerdings den Frieden für gesichert hält, in dem Momente, wo alles zittert, daß ein großer Krieg ausbrechen kann, gewaltig, als ihn Deutschland je gesehen, in dem Momente, wo wir alle wissen, daß das Ausland nur wartet auf den günstigen Augenblick, um uns das zu entreißen, was wir zurückgewonnen haben, in dem Momente benutzen Sie die Kraft des Augenblicks, um Ihre Macht zu erweitern. Denn um nichts anderes handelt es sich, als um die Machtvermehrung. Allerdings, das ist wahr, die Macht des Herrn Windthorst und des Herrn Richter ist eine größere, sie sind weit mächtiger, wenn sie alle drei Jahre die Frage stellen können, wenn alle drei Jahre es sich um die Feststellung der Präsenzstärke der Armee handelt. Ich fasse es kurz zusammen, die Fortschrittspartei hat der Regierungsvorlage gegenüber die Arme um drei Armee-Korps der Kriegsstärke schwächen wollen; sie hat die Institution der Armee durch die dreijährige Bewilligung schwächen wollen, sie hat ausgereizt das bedrohliche Aussehen der äußeren Lage, im Angesicht eines nur auf den günstigen Augenblick wartenden Feindes, um drei Armee-Korps die Festigkeit der Armee unterpflücken.

Das ist die Legende von dem letzten Mann und dem letzten Groschen. Das ist wahr an diesen Wäsen, und nun kommt die zweite Legende, die Legende von den Monopolen. Man hatte eigentlich gar keinen Anhaltspunkt dafür, daß die Reichsregierung eine Absicht in dieser Richtung habe. Aber sie waren geeignet für den Wahlkampf und da machte man einen solchen Anhaltspunkt, indem man dem Finanzminister eine Frage stellte, welche dieser nicht wohl beantwortet konnte. Herr Windthorst fragt: Kann nicht der Finanzminister Antwort geben, ob die Monopole für immer aufgegeben sind? Der Herr Finanzminister antwortet: „Daß ich persönlich für Monopole bin, das wissen Sie, aber ich sage, daß nichts derartiges jetzt vorbereitet ist.“ Mehr kann ein Minister nicht sagen. Da erhält der Herr Windthorst: „Es muß doch etwas dahinter sein.“ und die erste Stappe zu der Regenerierung der Monopolfrage ist gemacht. Dann erscheint der Reichskanzler in unserer Mitte nach seiner eigenen Erklärung mit der Absicht, lediglich um diese Legende zu widerlegen. Er erklärt, nur bei einem ungünstigen Kriege sind die Monopole zu fürchten. Das nennt der Abg. Richter eine „gerühmte Erklärung“ und sucht sie, wenn auch mit geringem Glück, für sich zu verwerthen. Zu den Monopolen bedarf man aber nicht bloß der Regierung, sondern auch der Zustimmung einer Majorität, und da diese ohne die Nationalliberalen keinesfalls zu haben wäre, so muß auch der Glaube erzeugt werden, daß die Nationalliberalen diesen Monopolen zustimmen. Wie macht man das? Man

behauptet, die Nationalliberalen haben schon diesem zugestimmt, sie können auch den Monopolen zustimmen. Als ich früher dieser Behauptung die Erklärung entgegenstellte, daß wir zweimal gegen die Monopole und zwar einstimmig gestimmt hätten, Abg. Meyer (Halle): Nein, eine Stimme war für das Tabakmonopol, nun, Herr Meyer, wenn eine Stimme dafür war, so macht eine Schwatze noch keinen Sommer — wir haben also gegen das Branntweinmonopol alle gestimmt und gegen das Tabakmonopol alle mit einer Ausnahme. Nun sagen Sie, ja, damals waren die Herren v. Bennigsen und Miquel nicht im Reichstag gewesen, die seien jetzt aber unsere Führer geworden. Darauf ist schon in Hannover die Antwort gegeben worden; Herr v. Bennigsen hat aus bündigste erklärt, daß die Rückkehr zu den Monopolen bei den hannoverschen Nationalliberalen auf Zustimmung nicht zu rechnen habe. Damit glaube ich, ist auch die Legende von den Monopolen definitiv zu Ende. Abg. Meyer (Breslau): Nein! (Mein) Es sind nur noch ganz wenig Wähler, die an diese Legende glauben. Sie Herr Meyer, werden aber die Legende nicht fallen lassen, und Sie wissen auch weshalb. Wenn man ertrinken will, so klammert man sich an einen Strohhalm. (Abg. Meyer (Halle): So will gar nicht ertrinken! (Heiterkeit).)

Die Legende von der Gefährdung des allgemeinen Wahlrechts ist ebenfalls die Mutterlegende und hat als solche das Charakteristische, daß Niemand weiß, woher sie kommt, und daß Niemand an sie glaubt, daß sie aber dennoch da ist. Der Abg. Windthorst hat verachtet, noch ein bißchen Boden für diese Legende zu schaffen, er hat das „Duett“ zwischen dem Reichskanzler und dem Grafen Limburg-Solim aus von einer gewissen Bedeutung hingestellt und gemeint, daß diese Bedeutung eben darin liegen müsse, daß große Dinge auf diesem Felde vorliegen. Dabei hat der Abg. Windthorst vergessen, daß er die Rede des Reichskanzlers durch seine eigenen unrichtigen Darstellungen, durch seine eigenen Unterstellungen von Monopolfrage selbst hervorgerufen hat, wie der Herr Reichskanzler ja selbst erklärt hat. Der Herr Reichskanzler sagt, die verbündeten Regierungen denken nicht daran, das Wahlrecht irgendwie anzutasten. Auch in dieser Frage gehört nicht nur die Absicht der Regierung, sondern auch die Zustimmung der Reichstages. Herr v. Bennigsen hat auch diesen Fall vorgelesen und gesagt, daß das Bestehen der Reaktion keineswegs auf die Zustimmung der Nationalliberalen rechnen könnte. Seine eigenen Worte waren: „Ich konstatire, daß für das aufgeworfene Projekt von Tabak- und Branntweinmonopolen und von einer Rückwärtsveränderung der Reichsverfassung bei den Nationalliberalen der Provinz Hannover keine Zustimmung zu finden sein würde.“ Aber wer noch von einer Gefährdung des Wahlrechts spricht, nachdem der Führer der Nationalliberalen Partei und die Regierung sich dagegen erklärt haben, spricht wider besseres Wissen oder doch Dummheit. (Zwischenruf des Abg. Birchow.) Der Abg. Birchow wirkt mir vor, daß sich dies nur auf die Nationalliberalen Hannover bezog. (Abg. Birchow: Sie haben es ja selbst vorgelesen!) Ja, Herr Birchow, Sie glauben also wirklich, daß die Nationalliberalen von Hannover etwas anderes seien, als die übrigen? Dann erkläre ich Ihnen hier von allen Nationalliberalen, die hier versammelt sind und die nicht aus Hannover stammen, daß sie derselben Ansicht sind. Warten Sie doch auch die anderen Parteitage ab; die sind derselben Ansicht. Die Versammlung von Hannover ist nur der Anfang einer Bewegung, bei der Ihnen noch bange werden wird.

Die vier Legende ist die von der Institution des Reichstages, welche durch unser Vorgehen gefährdet werden soll. Ja, wer hat denn die Institution des Reichstages angegriffen? Kein Wort darüber habe ich gehört. Alle Rechte desselben werden angetastet erhalten werden. Die Parteien, denen Sie diesen Vorwurf machen, sind es ja gerade, die den Reichstag begründet und der Verfassung ihre Zustimmung gegeben haben. Sie aber nicht, meine Herren. Und auch, die wir die Reichsverfassung geschaffen haben, der Regierung und den reichstreuen Parteien werfen Sie vor, die Verfassung zu bekämpfen? Was wir geschaffen haben, zu verteidigen, dazu sind wir berufen, nicht Sie, und so lange Sie uns nicht andere Thaten zeigen als bisher, weisen wir diesen Vorwurf als haltlos, als nichtig zurück. Was der Abg. Richter und verwirrt und uns nachweisen will, das hat ja die Fortschrittspartei in überreichem Maße durch mehr als ein Jahrzehnt selbst gethan. Wir wollen uns die Sache einmal näher ansehen. Die Fortschrittspartei hat gegen die Verfassung des norddeutschen Bundes gestimmt. (Zwischenruf des Abg. Dr. Meyer.) Ja, Sie haben gegen die Verfassung des norddeutschen Bundes gestimmt, das ist ein Faktum, das Sie nicht aus der Welt fortbringen können. Ferner haben Sie gegen die Verträge der süddeutschen Staaten, die Grundlage unserer Reichsverfassung, gestimmt. Auch da waren Sie in der Negation. Als es sich darum handelte, für unser Militär an Stelle des Bismarckianismus eines Bundesquantums eine dauernde, feste Einrichtung zu setzen in Einklang mit der Reichsverfassung, da waren Sie wieder in der Negation. Sie haben gegen das Militärgesetz gestimmt, ebenso bei der Wiederholung gegen das Septennat. Ferner haben Sie Ihre Zustimmung, an den Zustimmung, die uns die Rechtseinheit auf dem wichtigsten Gebiete des Prozesses gegeben haben, verweigert. Auch gegen die Krankenversicherung haben Sie sich erklärt, zwar nicht förmlich; einige unter Ihnen waren doch anderer Meinung. Der Abg. Lasker, den Sie so gern citiren, hat Ihnen selbst zugeführt: „Wenn auch die Krankenversicherung einen Zwang mit sich bringt, so muß dieser des großen Zwecks wegen doch ertragen werden.“ Ist denn überhaupt irgend etwas möglich in einem Staat ohne Zwang? Gibt es einen Staat ohne Militärzwang oder ohne militärische Pflicht? Nicht ist es, eine ethische Pflicht! Wie wir keine allgemeine Bildung haben ohne Schulpflicht, keine Sicherheit des Reiches ohne Militärpflicht, so haben wir auch keine Hilfe gegen die Noth des Arbeiters ohne Versicherungspflicht. Die Krankenversicherung fand Sie wieder in der Negation. Ebenso waren Sie bei den neuen großen Gesetz, bei der Kolonialpolitik (Zwischenruf des Abg. Meyer: Lumperei!) „Lumperei“ sagt der Abg. Meyer. Dieses Wort ist mir unheimlich wichtig und erinnert mich an das schöne Wort, das der Abg. Bamberger gebrauchte, als man durch die Kolonialpolitik Deutschlands Abgabengebiete erweitern wollte, an das Wort von der Schuppenfütterung. Gegenüber der gewaltigen Frage, um die es sich jetzt handelt, gegenüber einer Krise, die unser Vaterland im Innersten tief erschüttert, mögen das vielleicht Lumpereien gewesen sein, sonst waren es die größten Freggen, die uns in letzter Zeit beschaftigt haben.

Nun komme ich auf preussische Verhältnisse. Die Selbstverwaltung, die dem Lande das geben sollte, was man liberal nennt in gesundem Sinne, haben Sie bekämpft und haben gegen die Selbstverwaltung gestimmt. Wenn ich auf das Finanzgebiet übergehe, so wissen Sie doch, daß durch unsere Eisenbahngesetze unsere Finanzen gehalten werden. Sie sind aber hier gegen die Eisenbahnverstaatlichung gewesen. Alle Fortschritte, die wir gemacht haben, sie sind alle gegen Ihren Willen zu Stande gekommen. Ich habe einmal eine ständige Zusammenstellung gelesen, nach welcher Sie für unmaßhundert Gesetze gestimmt haben, daß aber nur ein Kleinkind gewesen. Ankerkern haben Sie nur einen positiven Antrag zu Stande gebracht, das war der Abkündigungsantrag von 1869. (Heiterkeit.) Auch damals wollte man, und das bedurfte, und heute weiß man es ebenfalls. Einen Abkündigungsantrag stellen Sie jetzt vor, aber Sie wollen die Verminderung des Heeres um 3 Armee-Korps. Das scheint Ihrer großen Voraussicht der politischen Verhältnisse, ihrer richtiger — ebenso richtigen, wie damals — Beurtheilung der augenblicklichen Lage angemessen. Alles fröhliche hat man Ihnen nicht so schwer anzurechnen als dem einfachen Grunde weil Sie damals nicht die Gedankendenken waren, weil

auch Ihnen noch eine feste, reichstreue Majorität vorhanden war. Da konnten Sie sich in den Mantel der Gefährdungsmöglichkeit hüllen und auf die anderen schießen, die Ihre Doktrin auch nur um ein Titelchen verletzten, um Deutschland vorwärts zu bringen. Jetzt, seitdem ohne Ihre Zustimmung keine großen Gesetze mehr zu Stande kommen, jetzt merkt das Volk, was es an Ihnen hat, jetzt hat sich, wie bei der Kolonialpolitik, eine Bewegung im Volke gebildet.

Der Abg. Richter sagt auf den Vorwurf, daß Sie Ihre Rechte im Reichstag mißbrauchten, man könne jedes Recht mißbrauchen; es sei kein Recht, wenn man es nicht mißbrauchen könne. Ja, man kann es mißbrauchen, aber man darf es nicht. Mit diesem Befolgen sage ich, daß das Mißbrauchen des Reichstages, seitdem Sie darin herrschen, nicht mehr daselbst ist wie vorher (Sehr richtig! recht); und mit diesem Befolgen sage ich auch, daß man schon in Volke Stimmen hört, welche dies zurückführen wollen auf die Institution selbst und auf das Wahlrecht, statt auf die Schulzeigen. Es ist hohe Zeit, daß eine andere Majorität hier Wandel schafft (Mha! links). Aber auch Jeder von uns ist mit Schuld, sofern er lau und lässig war, sofern er veräußerte, zu rechter Zeit mit aller Kraft für das Gute einzutreten. Deshalb, weil oft genug auch unsere Kraft durch gegenseitigen Parteikampf geschwächt ist, begreife ich es mit Freuden, daß hier das Wahlkompromiß geschlossen ist, welches aber nicht, wie Herr Richter sagt, die Schachfiguren, die Wähler, hindert und herüber schießt. Das fällt uns nicht ein. Was ist denn dieses Kompromiß? Es ist ein Appell an die Gerechtigkeit der Wähler, daß die Frage jetzt so groß ist, daß Parteirücksichten momentan zurücktreten müssen. Es ist eine Bitte an den Patriotismus der Wähler, von denen wir fordern, daß sie auch da, wo es um Rücksicht auf frühere Parteikämpfe schwer wird, ein Opfer zu bringen, die Parteileidenhaft unterzuordnen. Wir wollen es getrost abwarten, ob Sie mit Ihrer Gegenbildung von Monopol und von Veränderung des Reichswahlrechts mehr Glück beim Volke haben werden, oder wir mit unserem Auftritte an die Gerechtigkeit und an den Patriotismus der Wähler. (Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

Abg. Windthorst: Nach dieser Rede ist es eigentlich schwer zu antworten, denn nach ihr wäre die ganze Aktion, die wir vor uns haben, im Sande verlaufen, da aber noch Andere gesprochen, denen zu antworten meine Pflicht ist, so muß ich doch das Wort ergreifen. Ob die von dem Herrn Vorredner dargelegten Legenden alles solche sind, wird sich finden, bis jetzt sind sie noch nicht widerlegt, wenn der strenggeprüfte Bericht da sein wird, werden Sie sehen, daß die Erklärungen von einem vollkommenen Diplomaten gegeben sind. Besonders unangenehm scheint dem Herrn unsere Behauptung zu sein, es wäre der ganze von den Regierungen geforderte Beitrag an Militär bewilligt worden. Dieses Faktum ist nicht einseitig, sondern es ist eine Verhandlung, und die Verhandlung, von Nichtbewilligung zu reden, weil nur 3 Jahre gegeben wurden, sind ganz vergeblich. Alle übrigen Titel des Etats werden auf ein Jahr bewilligt, sind sie denn etwa minder wichtig, als das Militär? Die Entscheidung ist ganz richtig, weil eben im Reichstage in der Regel vernünftige Leute sitzen. (Heiterkeit, Zurufe.) Zunächst, mit Ausnahmen. Auch die Monopole scheinen die Herren etwas in Aufregung zu versetzen, bezüglich dieser weiche ich auf das im Reichstag und gestern hier Gesagte hin, und gerade jene sind es wohl, welche die Herren Nationalliberalen veranlaßt haben, in ihren Wahlauftritten zu schreiben, was sie hier wiederholen. (Zuruf bei den Nationalliberalen.) Warten Sie nur, allmählich komme ich auch zu dem minder wichtigen. (Große Heiterkeit.) Was die Gefährdung des allgemeinen Wahlrechts betrifft, so haben wir die diplomatischen Erklärungen des Herrn Reichskanzlers, aber auch die sehr klaren des Herrn Ministers des Innern v. Puttkamer im Reichstage, die noch nicht zurückgezogen sind, nebeneinander bestehen. Wer dieses Nebeneinanderbestehen erklären kann, wird wohl thun, es zu versuchen. Verlangen Sie diese Thatfachen. Auch aus den Reihen der Konserverativen haben wir seit der Versetzung des Herrn v. Puttkamer dazugehörige Aufstellungen gehört, wie von Herrn von Goldschmidt, und der ist mehr unterrichtet als der Kollege Enneccerus.

In Beziehung auf das allgemeine Wahlrecht hat der Reichskanzler gemeint, weil ich es früher bekämpft habe, sei ich gewiß noch ein Gegner desselben. Das ist aber nicht der Fall. Seitdem es eingeführt ist, wäre es ein gefährliches Ding, es wieder aufzuheben zu wollen. (Es ist nach meiner Ansicht nicht möglich, es abzuschaffen, ohne die strengsten Kontrollen herbeizuführen. (Abg. Dr. Enneccerus: Sehr richtig!)) Es freut mich, aus diesem Zuruf zu hören, daß die Abschaffung des Wahlrechts nicht zum Kartell gehört. Was nun der Reichskanzler gegen uns gesagt hat, schenke mir ein Extrakt aus den Instruktionen des Herrn von Schöller, aus dem, was dieser in Rom sagen soll, um uns destruktive Tendenzen nachzuweisen. (Abg. von Enneccerus: Sehr richtig! Große Heiterkeit.) Ich will getrost das Urtheil der Geschichte abwarten, ob das, was die Fraktion vor Ihnen und dem Lande entwirft, irgend etwas destruktiv ist. Ihre Aufgabe ist es wesentlich gewesen, die destruktiven Tendenzen des Reichskanzlers zu bekämpfen. (Zuruf bei den Nationalliberalen.) Das Fundament aller Autorität und aller Rechte ist unzweifelhaft die Religion, und ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß der heftigste Angriff gegen die Religion, der in diesem Jahrhundert gemacht wurde, der Kulturkampf war. Der hier aufgeworfen ist und heute noch unterhalten wird. (Sehr richtig! im Centrum.) Und der Vater dieser Gesetze ist und bleibt der Fürst Bismarck. Er hat dies allerdings abzuweichen gesucht. Dabei, an der Stelle, wo dies gestern gesagt war, dies doch recht schwierig. Denn an dieser Stelle haben wir ihn mehr als einmal mit Aufbietung seiner Autorität für den Kulturkampf eintreten lassen, und wenn einst ein anderer Bismarck im Reich des Kulturkampfes herbeigeholt wird, wird es sich zeigen, wer eigentlich der Urheber des Kulturkampfes gewesen ist. Damit bekämpfe ich nicht, daß jedes einzelne Gesetz, jeder einzelne Paragraph von ihm berührt. Es kommt aber auch nur darauf an, die Richtung zu bezeichnen, die Grundlinien anzugeben, und darauf arbeiten die Anderen weiter, wobei ich ja dem Reichskanzler glaube, daß er gesehen hat, daß er unglückliche Baumeister dazu herangezogen hat. Auch jetzt verleihe ich der Sache durchaus nicht, er hat gestern ausdrücklich erklärt: „Ich habe den Kulturkampf aufgegeben, weil die freisinnige Partei mich nicht mehr unterstützen wollte; nur getragen von der öffentlichen Meinung kann man einen derartigen Kampf unternehmen.“ Die öffentliche Meinung! Die Herren Freireligiösen können sich dafür bedanken, daß sie trotz ihrer Minorität hier im Hause für so bedeutend vom Reichskanzler noch angesehen werden. Wenn also die öffentliche Meinung einmal wieder in Gang käme in der Richtung wie man sie wünscht, wenn die Professoren in Halle das Feuer, welches sie anzufachen, in helle Flammen gebracht haben werden, wird die Sache von neuem beginnen.

Auch gestern noch ist ein sehr stark kulturkämpferischer Gedanke dem Reichskanzler, vielleicht unbewußt, entkrochen, als er von der Befreiung der Schule von ihren angeblichen Fesseln sprach. Das heißt: Die Schule wird thun, was wir wollen, wenn die Kirche hinausgeworfen ist. Ich verfolge das heute nicht weiter, aber jeder Mensch, der die Bedeutung der Schule kennt, der unterrichtet ist von den edlen, wahren, guten preussischen Traditionen, der wird wissen, wie sorgfältig der preussische Staat immer bemüht gewesen ist, die Kirche in ihrem berechtigten Einflusse auf die Schule zu erhalten und jetzt hören wir, daß die Schule noch in Abhängigkeit sei und von dieser befreit werden müsse. Offenbar wird diese Befreiung von allen christlichen Eltern, die ihre Kinder christlich erziehen lassen wollen, beherzigt werden. Alle christlichen Männer müssen Männer wählen, welche entschlossen sind, die Schule gegen diese angebliche Befreiung in Schutz zu nehmen.

Druck und Verlag der National-Zeitung Dr. H. Salomon in Berlin.